

RETTUNGSDIENST

Anstieg: Über 37 000 Notfälle im Vorjahr

Die Zahl der Notfallereignisse im Rettungsdienst ist erneut angestiegen. In der Verbandsversammlung des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim wurde bekannt, dass im vergangenen Jahr erstmals mehr als 37 000 Notfallereignisse registriert wurden.

Rosenheim – Stefan Forstmeier, Geschäftsleiter des Zweckverbandes, der für die Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdienst in der Stadt und im Landkreis Rosenheim sowie im Nachbarlandkreis Miesbach zuständig ist, spricht von einem Dauerbrenner. Ziel ist es, die gesetzlichen Vorgaben für den Einsatz des Rettungsdienstes einzuhalten. Das heißt, in mindestens 80 Prozent aller Notfälle müssen die alarmierten Retter spätestens nach zwölf Minuten am Einsatzort eingetroffen sein.

Welche Herausforderungen sich dahinter verbergen, zeigt ein Blick in die Statistik. 2011 lag die Zahl der Notfallereignisse bei gut 26 000. In den Jahren 2015 und 2016 waren es jeweils knapp über 34 000, rund 3 000 weniger als 2017. Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde im Inntal die Gebietsabsicherung verändert. Wenn der in Flintsbach stationierte Rettungswagen im Einsatz ist,



Um mehr als 3 000 ist die Zahl der Notfälle 2017 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, zu denen der Rettungsdienst gerufen wurde. Oft musste auch der Notarzt mit der Rettungswagen-Besatzung ausrücken.

fährt der zweite im Inntal vorhandene Rettungswagen automatisch von Kiefersfelden nach Flintsbach, weil er dort zentraler stationiert ist. In Wasserburg wurden die Schichtzeiten für den Krankentransportwagen des Bayerischen Roten Kreuzes angepasst, und der Malteser Hilfsdienst in Rosenheim erhielt einen zweiten Krankentransportwagen. Zudem wurden während der Herbstzeit mehr Kräfte für die Notfallrettung vorgehalten. Forstmeier sprach von „vorsichtigen Fortschritten“. Der Ge-

schäftsleiter will vor einer endgültigen Beurteilung der Situation in der Notfallrettung die Entwicklung in den verbleibenden Monaten des Jahres abwarten. Zudem berichtete Forstmeier, dass dringende Krankentransporte in der Integrierten Leitstelle in Rosenheim nicht als Notfälle geführt werden.

Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, Dr. Michael Städtler, stellte anschließend das zu Beginn des Jahres gegründete Schlaganfallnetzwerk vor. Daran beteiligt sind die kbo Inn-Salzach-Kli-

nik Wasserburg, das Klinikum Rosenheim, die Schön Klinik Bad Aibling und das Krankenhaus Agatharied. Ziel ist es, dass ein Schlaganfallpatient innerhalb von 60 Minuten in einer dieser Kliniken eingetroffen ist. Auf einem Symposium Anfang Oktober in Irchenberg soll berichtet werden, ob dieses Ziel erreicht wird.

Positives konnte Städtler von den Notfallsanitätern berichten. Dieser neue Beruf ist „die Zukunft im Rettungsdienst“, sagte der Mediziner. Im Gegensatz zu den Ret-

tungssanitätern und Rettungsassistenten dürften Notfallsanitäter ohne Anwesenheit eines Notarztes heilkundliche Maßnahmen durchführen. Im Rettungsdienstbereich Rosenheim wurden bisher 72 Notfallsanitäter ausgebildet, weitere 40 sind in Ausbildung. Laut Gesetz müssen bis 2024 ausreichend Notfallsanitäter zur Verfügung stehen. Im Rettungsdienstbereich Rosenheim werden 74 benötigt. „Dank des großen Engagements in der Ausbildung durch die Rettungsdienstbe-

treiber in der Region dürfte das ohne Probleme zu schaffen sein“, sagte der Ärztliche Leiter Rettungsdienst.

Ein neues Projekt ist der elektronische Versorgungsnachweis. Der Rettungsdienst weiß bei einem Einsatz vor Ort nicht, wie es in den Notaufnahmen der Kliniken aussieht. Durch den elektronischen Versorgungsnachweis wird die Integrierte Leitstelle in Rosenheim in die Lage versetzt, einen Rettungswagen mit einem Notfallpatienten zu einer Klinik mit freien Kapazitäten zu schicken. In der nächsten Verbandsversammlung will Städtler ein Konzept dazu vorlegen. Die stellvertretende Vorsitzende des Zweckverbandes, Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, lobte das Projekt: „Danke, dass Sie sich dieser Sache angenommen haben. Es ist das Allerwichtigste, dass ein Notfallpatient nicht warten muss.“

Eine weitere Neuerung erfordert eine Nachrüstung der Integrierten Leitstelle. Alle ab dem 31. März 2018 in der Europäischen Union zugelassenen Kraftfahrzeuge sind mit einem automatischen Notrufsystem ausgestattet. Damit die Daten des sogenannten „emergency call“ empfangen werden können, sind Investitionen bis zu 300 000 Euro nötig. Der Staat fördert diese Maßnahme mit knapp 75 Prozent. Die verbleibenden Kosten in Höhe von 76 200 Euro teilen sich die Verbandsmitglieder.



Theo Waigel spricht heute Abend in der Hochschule.

HOCHSCHULE

Theo Waigel spricht heute zu Europa

Rosenheim – „Wir schaffen Zukunft.“ Unter diesem Motto hat sich die Hochschule Rosenheim mit weiteren Wirtschaftsverbänden und Organisationen aus der Region Rosenheim zur Initiative „Wirtschaftskolloquium Oberbayern“ (Wiko) zusammengeschlossen. Nach den erfolgreichen Veranstaltungen in den vergangenen Jahren führt die Initiative ihr Engagement für die Region Oberbayern fort. Heute, Donnerstag, findet ab 19 Uhr die vierte Wiko-Veranstaltung an der Hochschule Rosenheim im „Walter-Schatt-Saal“ statt. Es spricht der Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel zum Thema „Europa – aus Krisen lernen“. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Wanderung in die Filze

Samerberg – Eine Wanderung in die Samerberger Filze bietet der Kreisverband Rosenheim im Landesbund für Vogelschutz an. Die etwa vier Kilometer lange Tour findet am kommenden Mittwoch, 3. Oktober, statt und dauert etwa von 14 bis circa 17 Uhr. Anmeldungen von Interessenten werden unter der Telefonnummer 08032/8748 erbeten. Die Leitung der Wanderung übernimmt Hanna Labus. Treffpunkt ist am Naturschwimmbad in Samerberg.

Information in Berufsschule

Rosenheim – In der Staatlichen Berufsschule I in Rosenheim informiert am Samstag, 29. September, ab 10.30 Uhr die gemeinnützige Bildungseinrichtung DAA-Technikum über die berufsbegleitenden Fortbildungs-Lehrgänge zum staatlich geprüften Techniker in fünf verschiedenen Fachrichtungen. Ausführliche Informationsunterlagen zu den Lehrgängen sind bei der zentralen Studienberatung des DAA-Technikums unter der Telefonnummer 0800/2453864 (gebührenfrei) oder über das Internet unter www.daa-technikum.de erhältlich.

Beilagenhinweis:

Prospekte der nachstehend aufgeführten Firmen: Jobst, Traunreut; Keller Nähmaschinenhaus, Rosenheim; Profi, Tuntenthausen; Segmüller, Parsdorf; liegen heute unserer Gesamtauflage beziehungsweise einem Teil unserer Auflage bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

FALSCHER POLIZISTEN

Staatsanwalt fordert hohe Haftstrafen

Hauptsächlich ältere Frauen die Opfer

München/Rosenheim – Geschockte Seniorinnen, knapp 400 000 Euro Schaden und sechs Gauner, die in erheblicher krimineller Machenschaft verwickelt sind: Im Gerichtsprozess um sechs „falsche Polizisten“ zeichnet sich nach nur vier Verhandlungstagen vor dem Münch-

sucht, sie von türkischen Callcentern aus angerufen und ihnen große Angst gemacht (wir berichteten). Dabei gaben sich die Angeklagten als Polizisten aus, die einen Einbruch bei den Opfern verhindern, in Wirklichkeit aber durch Mittelsmänner vor Ort hohe Summen Bargeld erbeuten wollten.

Ins Visier der Gauner geraten, war für die Seniorinnen nicht mehr an Schlaf zu denken. Denn Ziel der laut Staatsanwaltschaft „äußerst perfiden“ Methode, die ein „Angstszenario“ aufbauen sollte, war es, die Opfer durch Schlafentzug müde zu machen.

„United Tribunes“ heißt die für diese Vorgehensweise verantwortliche, international organisierte und rockerverähnliche Vereinigung, der vor allem Türsteher und Sicherheitspersonal angehören sollen. Die Staatsanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer gestern Strafen zwischen zwei und sechs Jahren Haft für die Angeklagten. jet



Hausärztemangel: Förderbescheid für Studie ist eingetroffen

Zeitnah konkrete Lösungsansätze aufzeigen anstatt dem fortschreitenden Hausärztemangel auf dem Land tatenlos zuzusehen. Das hat sich der Landkreis Rosenheim zum Ziel gesetzt und als ersten Schritt gemeinsam mit drei Gemeinden aus dem Nachbarlandkreis Traunstein eine durch das europäische Leader-Programm geförderte Studie in Auftrag gegeben. Offiziell übergeben wurde der entsprechende Förderbescheid nun in der Praxis von Dr. Helmut Pömsl in Eiselhofing. Den Bescheid in Höhe von 21 500 Euro nahm stellvertretender Landrat Josef Huber in Empfang. Der Landkreis und die Traunsteiner Partnergemeinden Kienberg, Obing und Pittenhart tragen die restlichen 40 Prozent der Gesamtkosten. Durchgeführt wird die Studie als erstes Kooperationsprojekt der beiden lokalen Leader-Aktionsgruppen Mangfalltal-Inntal und Chiemgauer Seenplatte. „Entscheid-

end ist, dass die Besonderheiten der Region berücksichtigt und Handlungsempfehlungen gegeben werden, die sich an den Landkreis beziehungsweise die Gemeinden richten und einzeln oder auch gemeinsam umsetzbar sind“, betont Dr. Gitte Händel, Geschäftsleiterin der Gesundheitsregion Plus im Landkreis Rosenheim. Unser Bild entstand bei der Übergabe des Bescheides und zeigt Josef Huber (Obing), Christian Fechter (Lokale Aktionsgruppe Chiemgauer Seenplatte), Josef Reithmeier (Pittenhart), Dr. Gitte Händel, Georg Baumgartner (Landwirtschaftsamt Rosenheim), stellvertretenden Landrat Josef Huber, Projektingenieurin Theresa Rucker, Felix Schwaller (Lokale Aktionsgruppe Bad Aibling), Dr. Bernhard Kofler (Bayerischer Hausärzterverband), Dieter Kutschker (Ärztlicher Kreisverband Rosenheim) und Dr. Helmut Pömsl (von links).

FOTO REINTHALER

Sorgen nach Richterspruch

Fortsetzung von Seite 11
...Klinik nur 15 Kilometer entfernt und innerhalb der 30 Minuten von der Entscheidung zur Verlegung bis zum Eintreffen in der Neurochirurgie Vogtareuth zu erreichen. „Zur Neuroradiologie in Harlaching oder Rechts der Isar bringen wir die Patienten in der Zeit vermutlich nicht“, so Pfaffeneder. Jede zweite Woche löst sich das Problem, weil bei Bedarf ein Neuroradiologe eingeflogen wird – ein Pilotprojekt des

Tempis-Netzwerks für Telemedizin (wir berichteten).

Ausgesprochen knapp wird es mit der Fristenhaltung von Bad Aibling nach Vogtareuth. Die in den beiden Orten ansässigen Schön Kliniken liegen eine gute halbe Stunde Fahrtzeit auseinander. Fährt der Rettungswagen bei einer Verlegung mit Blaulicht und Martinshorn, könnte die Zeitspanne gerade noch eingehalten werden.

Funktioniert es nur einmal bei einem Patienten nicht,

dann ist die gesamte Zusatzvergütung, die der Klinikbetreiber pro Jahr für die Stroke-Unit erhält, weg und muss gegebenenfalls zurückgezahlt werden. Deswegen spricht Etgen von einer „Katakastroph“, deswegen müssen sich die Geschäftsführer Pfaffeneder und Danzl jetzt schon zum Teil mit laut Danzl „un glaublich aggressiven“ Krankenkassen herum-schlagen. Und das, obwohl nach Angaben der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft nur

maximal jeder zehnte Patient überhaupt in eine andere Klinik verlegt werden muss.

Der erste Senat des Bundessozialgerichtes urteilte in letzter Zeit sehr kassenfreundlich und krankenhauns-unfreundlich, betont Pfaffeneder. Die Entscheidung sei patientenfeindlich, so der Befund seines Kollegen Danzl. Denn, bis ein Schlaganfallpatient aus dem tiefsten Bayerischen Wald oder dem nördlichsten Frankenwald in einer entsprechend ausgerüste-

ten Stroke-Unit eintreffe und von dort in eine Neuroradiologie verlegt werden könne, vergehe sicher mehr als eine halbe Stunde.

Würden die wesentlich höheren Fallpauschalen dann gekappt und müssten gar zurückgezahlt werden, ist es nach Vermutung von Neurologen und Verwaltern nur eine Frage der Zeit, bis mehr und mehr Schlaganfall-Einheiten zu machen, weil die Kliniken massiv draufzahlen. Die Folge für die Patienten:

Sie haben längere Wege zur fundierten Erstbehandlung, und ihnen bleiben deshalb mehr Dauerschäden.

Hoffnungsschimmer für alle Beteiligten und Betroffenen: Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und ihre Kollegen aus den anderen Bundesländern haben sich zusammengetan und sich an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewandt. „Wir brauchen Rechtssicherheit“, sagt Josef Danzl.